

NIEDERSCHRIFT



**Kreisstadt
Friedberg (Hessen)**

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	StvV/007/11-16
Sitzungsdatum	Donnerstag, den 09.02.2012
Sitzungsbeginn	18:15 Uhr
Sitzungsende	19:05 Uhr
Ort	Plenarsaal, Raum 110, Europaplatz, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

CDU-Fraktion

Herr Olaf Beisel	
Frau Rosa Maria Bey	
Frau Claudia Eisenhardt	
Herr Bernd Fleck	entschuldigt
Herr Hendrik Hollender	
Herr Volker Muras	
Herr Dieter Olthoff	
Frau Martina Pfannmüller	
Frau Rebecca Riesener	
Herr Jürgen Scharfe	
Herr Norbert Simmer	
Herr Patrick Stoll	
Herr Reiner Veith	
Herr Günther Winfried Weil	
Frau Sybille Wodarz-Frank	

SPD-Fraktion

Herr Mark Bansemer	
Herr Karl Wilhelm Fölsing	
Herr Dr. Wolfram Fürbeth	
Frau Marion Götz	
Herr Ulrich Hausner	
Herr Wilhelm Hensgens	
Herr Michael Klaus	ab 18:25 Uhr
Herr Dr. Klaus-Dieter Rack	
Frau Elisa Scaramuzza	
Herr Benjamin Ster	
Herr Julian Stey	
Frau Andrea Ulrich-Hein	
Herr Erich Wagner	
Herr Theo Wendel	
XXXXXXXXX	

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Herr Carl Cellarius
Frau Julia Cellarius
Herr Johannes Contag
Frau Beate Neuwirth
Frau Sabine Schäfer
Herr Andrej Seuss
Herr Bernd Stiller
Herr Florian Uebelacker
Herr Horst Weitzel

ab 18:20 Uhr
entschuldigt

FDP-Fraktion

Frau Dr. Regina Bechstein-Walther
Herr Achim Güssgen-Ackva

UWG-Fraktion

Herr Winfried Ertl
Herr Bernd Messerschmidt
Herr Ralf Georg Messerschmidt

Die Linke. (ohne Fraktionsstatus)

Herr Sven Weiberg

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Michael Keller
Herr Erster Stadtrat Peter Ziebarth
Herr Stadtrat Dirk Antkowiak
Herr Stadtrat Markus Alexander Fenske
Frau Stadträtin Gesine Haake
Herr Stadtrat Reinhard Henrich Huth
Frau Stadträtin Ruth Mühlenbeck
Herr Stadtrat Dr. Olaf Osten
Frau Stadträtin Petra Rauch-Weitzel
Herr Stadtrat Herbert Wellenberg

entschuldigt

Verwaltung

Herr Joachim Böhmerl

Schriftführerin

Frau Petra Althenn

Stadtverordnetenvorsteher Hollender eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt

4	11-16/0067	Antrag der CDU-Fraktion vom 15. August 2011; hier: Wiedereinführung der Sportlerehrungen
---	------------	---

von der Tagesordnung genommen werden muss, da in der Stadtverordnetenversammlung am 01.09.2011 beschlossen wurde, diesen Antrag zur Beratung und **endgültigen** Beschlussfassung in

den Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur zu verweisen. Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 24.01.2012 diesen Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Somit lautet die geänderte Tagesordnung wie folgt:

Tagesordnung:

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Berichte und Mitteilungen
1.1		Berichte und Mitteilungen; Windenergieplanung in Hessen
1.2		Berichte und Mitteilungen; Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. August 2011; hier: Aufgaben eines Energiemanagements und deren Umsetzung (DS-Nr. 11-16/0075) hier: Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.09.2011 (Top 14) - Frist: 15.11.2011
1.3		Berichte und Mitteilungen; Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. August 2011; hier: Konzept zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen (DS-Nr. 11-16/0075) hier: Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.09.2011 (Top 15) - Frist: 31.03.2012 - (Zwischenbericht über den Stand der Bearbeitung an den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr bis 31.01.2012)
2	11-16/0241	Anfrage des Stadtverordneten Weiberg vom 28.11.2011; Wetterauer Sozialindex
3	11-16/0242	Antrag der CDU-Fraktion vom 01.02.2012; Hinweisschild auf Johannes-Vatter-Schule
4	11-16/0172	Erstellung eines Ersatzbaues für die Kindertagesstätte Kaiserstraße und damit verbunden die Umwandlung von Kindergartenplätzen in Plätze für Kinder unter 3 Jahren
5	11-16/0171	Umwandlung von Kindergartenplätzen in Plätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte Wintersteinstraße
6	11-16/0173	Straßennamen im Neubaugebiet Bauernheim Bebauungsplan Nr. 3 "Östlicher Ortsrand"
7	11-16/0182	Straßennamen im Neubaugebiet Dorheim, Bebauungsplan Nr. 75, "Östlich der Karl-Ulrich-Strasse", Teil I
8	11-16/0211	Antrag auf Änderung des Regionalplanes/Regionaler Flächennutzungsplanes für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 82 "Trainingsplatz Fauerbach" in Friedberg Bezug: Stadtverordnetenbeschluss vom 08.12.2011, DS-Nr.: 11-16/0105
9	11-16/0226	Austritt aus dem Zweckverband des Kraftwagenbetrieb Wetterau und der angeschlossenen Tochtergesellschaft Kraftwagenbetriebsgesellschaft mbH Wetterau zum 31.12.2011
10	11-16/0244	Schaffung einer Stelle der Entgeltgruppe TVöD 8
11		Mündliche Anfragen
11.1		Mündliche Anfragen; Schwimmbad Ockstadt

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

1. Berichte und Mitteilungen

**1.1. Berichte und Mitteilungen;
Windenergieplanung in Hessen**

Bürgermeister Keller informiert die Stadtverordnetenversammlung über den hessischen Energiegipfel der Windenergie Ende des Jahres. Die zentrale Vorgabe für die Regionalversammlungen lautet, dass etwa zwei Prozent der Hessischen Landesfläche als Vorrangfläche für Windkraftanlagen ausgewiesen werden.

Mit den Kollegen aus Rosbach, Wehrheim und Ober-Mörlen werde er die Angelegenheit interkommunal angehen (faunistisches Gutachten).

Weiter teilt Bürgermeister Keller mit, dass am 01.03.2012 eine Sitzung mit dem Wetteraukreis stattfindet, in der eine Prüfung der geplanten Gebiete vorgenommen werden soll.

**1.2. Berichte und Mitteilungen;
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. August 2011; hier: Aufgaben eines Energiemanagements und deren Umsetzung (DS-Nr. 11-16/0075)**

hier: Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.09.2011 (Top 14) - Frist: 15.11.2011

Erster Stadtrat Ziebarth teilt mit, dass gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.09.2011 der „Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.09.2011“ – Frist: 15.11.2011 – den Stadtverordneten zugegangen ist.

**1.3. Berichte und Mitteilungen;
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. August 2011; hier: Konzept zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen (DS-Nr. 11-16/0075)**

hier: Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.09.2011 (Top 15) - Frist: 31.03.2012 - (Zwischenbericht über den Stand der Bearbeitung an den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr bis 31.01.2012)

Erster Stadtrat Ziebarth informiert die Stadtverordnetenversammlung darüber, dass gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.09.2011 ein „Konzept zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen“ erstellt und dem Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr ein Zwischenbericht zur Kenntnis gegeben werden soll. Dieser Bericht liegt inzwischen vor.

Anfrage:

1. Bestehen seitens des Bürgermeisters bzw. des Magistrats Einwände gegen die Veröffentlichung des Sozialindex? Wenn ja, wie begründen sich diese?
2. Waren die Ergebnisse oder die Veröffentlichung des Sozialindex Thema einer Bürgermeisterdienstversammlung? Wenn ja, wie hat sich der Vertreter der Stadt Friedberg dazu verhalten?
3. Anhand welcher Kriterien definiert der Magistrat Armut? Konkret: Welche Grundbedürfnisse müssen nach Ansicht des Magistrats befriedigt sein, damit eine Person bzw. ein Haushalt in Friedberg nicht in Armut lebt? Welches Einkommen ist dazu nach Ansicht des Magistrats in Friedberg nötig? Welche zusätzlichen evtl. nicht monetären Leistungen können bei geringerem Einkommen angerechnet werden, um einen Haushalt bzw. eine Einzelperson nicht als „arm“ zu verstehen?
4. Welche Maßnahmen plant der Magistrat zur Ermittlung von Armut in Friedberg? Ist dabei geplant (auch) auf bereits ermittelte Daten zurückzugreifen?
5. Was versteht der Magistrat, insbesondere der Bürgermeister, unter einer „Armutssicherungsstadt“?

Bürgermeister Keller beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Zur Veröffentlichung des Sozialindex bin weder ich noch der Magistrat gefragt worden. Der Wetteraukreis entscheidet dies in eigener Zuständigkeit.

Zu 2.:

Über die Konferenz wurde in einer Bürgermeisterdienstversammlung unter Punkt Verschiedenes gesprochen. Da ich als einziger Bürgermeister anwesend war, habe ich aufgrund der Bedeutung des Themas dafür geworben, dass der Sozialindex offizieller Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Bürgermeisterdienstversammlungen wird.

Zu 3.:

Der Magistrat hat hierzu keine festgelegte Haltung. Ich schließe mich hier der Definition der Bertelsmann-Stiftung an, dass Kinder als arm gelten, die in Familien mit Bezug sozialstaatlicher Grundsicherungsleistungen (SGB-II-Bezug) aufwachsen. Erwachsene, wenn sie Hartz IV-Empfänger oder Grundsicherung erhalten. Dieser Ansatz trifft jedoch keine Aussage zu regionalen Unterschieden in den Lebenshaltungskosten, die schon in unserer Stadt zu beobachten sind.

Als nicht monetäre Leistungen verstehe ich die Leistung einer Wohlfahrtsstadt wie Friedberg, die von Wohnungsbaugesellschaften, Tafel, Kleiderkammer, Jobkomm und Bildungseinrichtungen beispielsweise im Kindergarten mit frühkindlicher Spracherziehung und Mittagessen für alle Kinder und Grundschulen mit Betreuungsschulen und Horten erbracht werden.

Zu 4.:

Da die Stadt hier keine Zuständigkeit hat, verfügt sie über keine systematischen Beobachtungen auf diesem Gebiet.

Ich selbst beobachte aber regelmäßig die Entwicklung in den Kindertagesstätten in der Stadt. Über die einkommensabhängigen Gebühren liegt uns ein allerdings auch eingeschränkter Einblick zur Frage der Anzahl der Hartz IV-Empfänger in den Kitas vor. Mit den Leiterinnen der Kitas tausche ich mich über meine und ihre Beobachtungen aus.

Städtische Kitas Hartz IV	Gesamt	16 %
	Kernstadt	20 %
	Ortsteile	10 %

Wir liegen damit im hessischen Durchschnitt.

Ich habe schon in früheren Jahren – beispielsweise bei der Erstellung des Referats zur Partnerschaftskonferenz „ARMUT IN DEN STÄDTEN“ mit Datenerhebungen der Bertelsmann-Stiftung gearbeitet. Die neuesten allgemein zugänglichen Aussagen über Bildung, Arbeit und Armut finden sich – allerdings auch nur auf Landkreisebene bezogen im Lernatlas und im Keck-Atlas der Bertelsmann-Stiftung.

Auf Nachfrage bei der Bertelmann-Stiftung, ob hier auch Ergebnisse für Städte abrufbar sind, wurde uns erklärt, dass Daten nur auf Kreisebene vorliegen bzw. von Landesdaten ausgehend auf Kreisdaten heruntergebrochen wurden. Ähnliche Probleme hat auch der Wetteraukreis bei der Erhebung seiner Daten.

Ich habe -unabhängig von dieser Anfrage- die Bertelsmann-Stiftung gemeinsam mit dem Bildungsforum zu einem Gespräch bzw. zu einer öffentlichen Vortragsveranstaltung nach Friedberg eingeladen. Eine Antwort liegt uns noch nicht vor.

Zu 5.:

- a) Im Gegensatz zu den Referenten auf der obengenannten Konferenz, die Friedberg und Bad Nauheim als Armutsstadt definiert haben, habe ich darauf hingewiesen, dass dies ein Zerrbild ist.
- b) Es ist richtig, dass Friedberg und Bad Nauheim Städte mit absolut wie auch prozentual mehr Hartz IV- und Grundsicherungsempfänger sind, als die Landgemeinden der Wetterau. Nur, wen wundert das. Dies ist Städten immanent.
- c) Friedberg ist eine Stadt der sozialen Netze, mit einer Vielzahl von Sicherungen gegen Armut, das ist mit dem Begriff der Armutssicherungsstadt gemeint. Diese Stadt schützt vor Wohnungsnot mit ihren Wohnungsbaugesellschaften und dem Karl-Wagner-Haus, schützt vor Bekleidungsnot mit Bekleidungskammern des DRK und der Caritas und vor Lebensmittelnot mit der Tafel. Aber ebenso entscheidend ist, dass eine Vielzahl von Trägern Wege aus der Armut aufzeichnen. Wir selbst tun dies mit unseren Kindertagesstätten und ihrer Sprachförderung für alle Kinder und ihrem Mittagessen für alle Kinder, ebenso wie das breite Bildungsangebot oder die spezifischen Angebote der WAUS, der FAB und der RDW.
- d) Wie kann man eine Stadt als Armutsstadt definieren, die eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und eine breite Mobilität, um zu diesen Arbeitsplätzen in der Stadt und im Rhein-Main-Gebiet zu kommen, kennzeichnet.

Wir sind eine solidarische Stadt, weil hier breite gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Menschen kommen und bleiben bei uns, weil es hier eben keine verwüstete, heruntergekommene Infrastruktur gibt, weil es hier keine Armutsviertel mit verfallenen Industriebezirken und Wohnhäuser gibt.

Das ist das Ergebnis jener Grundhaltung, mit der die Bürgermeister der damals noch drei verschwisterten Städten in Bishop´s Stortford ihre Konferenz im Rahmen des Europäischen Jahres der Armut beschlossen:

Einmütig schloss man sich der Auffassung an, die Bürgermeister Michael Keller im Schlusssatz seines in englischen Sprache gehaltenen Referats so formuliert hatte: „Who else could provide a future without poverty if not us – the cities“ übersetzt „Niemand anders als die Städte und Kreise stehen an der Spitze im Kampf gegen die Armut und soziale Ausgrenzung“.

**3. 11-16/0242 Antrag der CDU-Fraktion vom 01.02.2012;
Hinweisschild auf Johannes-Vatter-Schule**

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Befestigung eines grünen Hinweisschildes „Johannes-Vatter-Schule, Schule für Hörgeschädigte“ an der Kreuzung Frankfurter Straße/Homburger Straße zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 43 Nein 0 Enthaltung 0

4.	11-16/0172	Erstellung eines Ersatzbaues für die Kindertagesstätte Kaiserstraße und damit verbunden die Umwandlung von Kindergartenplätzen in Plätze für Kinder unter 3 Jahren
-----------	-------------------	---

Beschluss:

Die Stadt Friedberg beteiligt sich an den Investitionskosten für den Neubau der evangelischen Kindertagesstätte Kaiserstraße mit 832.500,00 Euro. Eine darüber hinausgehende Beteiligung an eventuell entstehenden Mehrkosten findet nicht statt.

Die erste Zuschussrate in Höhe von 277.500,00 Euro wird mit Baubeginn fällig, voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2012. Die Haushaltsmittel werden im Vorgriff auf den Nachtrag 2012 genehmigt.

Zwei weitere Zuschussraten in jeweils identischer Höhe werden nach Haushaltsgenehmigung 2013 und im Januar 2014 fällig.

Ein entsprechender Vertrag, der eine Zweckbindung über 25 Jahren ab der Inbetriebnahme der Kindertagesstätte enthält, wird mit dem Träger der Einrichtung, der Evangelischen Kirchengemeinde Friedberg, abgeschlossen.

Der Umwandlung zweier bestehender Kindergartengruppen in zwei altersübergreifende Gruppen Krippe/Kindergarten (0- 6 Jahre) mit maximal 30 Kindern bis zum Schuleintritt, davon nicht mehr als 14 Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, wird zugestimmt.

Die Stadt Friedberg trägt die durch die Umwandlung der Kindergartengruppen in altersübergreifende Gruppen entstehenden jährlichen Mehrkosten in Höhe von ca. 28.300,00 Euro. Der bestehende Vertrag wird entsprechend geändert. Veränderungen des Personalschlüssels der Kindertagesstätte Kaiserstraße über diese Vereinbarung hinaus sind nur im Einvernehmen mit der Stadt möglich.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 42 Nein 1 Enthaltung 0

5.	11-16/0171	Umwandlung von Kindergartenplätzen in Plätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte Wintersteinstraße
-----------	-------------------	--

Beschluss:

Der Umwandlung von einer bestehenden Kindergartengruppe in eine altersübergreifende Gruppe Krippe/Kindergarten (0- 6 Jahre) mit maximal 15 Kindern bis zum Schuleintritt, davon nicht mehr als 7 Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr in der evangelischen Kindertagesstätte Wintersteinstraße wird zugestimmt.

Die Stadt Friedberg trägt die verbleibenden jährlichen Mehrkosten in Höhe von ca. 4.100,00 Euro. Die Haushaltsmittel werden im Vorgriff auf den Nachtrag 2012 genehmigt. Der bestehende Vertrag muss entsprechend geändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 43 Nein 0 Enthaltung 0

6. 11-16/0173 Straßennamen im Neubaugebiet Bauernheim Bebauungsplan Nr. 3 "Östlicher Ortsrand"

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Straße im Neubaugebiet Bauernheim, Bebauungsplan Nr. 3 „Östlicher Ortsrand“ nach dem ehemaligen Bürgermeister und Ortsvorsteher von Bauernheim, Herrn Reinhold Höres, zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 43 Nein 0 Enthaltung 0

7. 11-16/0182 Straßennamen im Neubaugebiet Dorheim, Bebauungsplan Nr. 75, "Östlich der Karl-Ulrich-Strasse", Teil I

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Straße im Neubaugebiet Dorheim, Bebauungsplan Nr. 75 „Östlich der Karl-Ulrich-Strasse“, Teil I, nach dem ehemaligen Bürgermeister von Dorheim, Herrn Georg Bauschmann, zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 43 Nein 0 Enthaltung 0

**8. 11-16/0211 Antrag auf Änderung des Regionalplanes/Regionaler Flächennutzungsplanes für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 82 "Trainingsplatz Fauerbach" in Friedberg
Bezug: Stadtverordnetenbeschluss vom 08.12.2011, DS-Nr.: 11-16/0105**

Beschluss:

Seitens der Stadt Friedberg wird beim Regionalverband FrankfurtRheinMain für den im anliegenden Lageplan (Anlage der Vorlage) dargestellten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 82 „Trainingsplatz Fauerbach“ in Friedberg – Kernstadt eine Änderung des Regionalplanes und des Regionalen Flächennutzungsplanes beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 43 Nein 0 Enthaltung 0

9. 11-16/0226 Austritt aus dem Zweckverband des Kraftwagenbetrieb Wetterau und der angeschlossenen Tochtergesellschaft Kraftwagenbetriebsgesellschaft mbH Wetterau zum 31.12.2011

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.02.2012 an, den Austritt aus dem Zweckverband des Kraftwagenbetriebes Wetterau und der angeschlossenen Tochtergesellschaft Kraftwagenbetriebsgesellschaft mbH Wetterau nicht auf den 31.12.2011 sondern **zum nächstmöglichen Zeitpunkt** festzulegen.

Beschluss:

1. Die Stadt Friedberg tritt aus dem Zweckverband Kraftwagenbetrieb Wetterau und der angeschlossenen Tochtergesellschaft Kraftwagenbetriebsgesellschaft mbH zum **nächstmöglichen Zeitpunkt** aus.
2. Die Stadt Friedberg nimmt das Angebot der Stadt Florstadt vom 25.09.2011 unter folgenden Voraussetzungen an:
 - a) Die Stadt Florstadt übernimmt die Anteile (4 Anteile = 9.203,25 €) der Stadt Friedberg gemäß § 12 der Verbandssatzung.
 - b) mit eingeschlossen ist die angeschlossene 100 %-ige Tochtergesellschaft des Zweckverbandes „Kraftwagenbetriebsgesellschaft mbH“ (Stammkapital des Zweckverbandes an der Gesellschaft insgesamt 25 T€).
 - c) Die Stadt Florstadt übernimmt sämtliches Bar- und Immobilienvermögen (Wertstellung 31.12.2011) ohne Entschädigungsleistungen.
 - d) Die Stadt Friedberg erhebt nach rechtswirksamem Austritt gegenüber dem Zweckverband Kraftwagenbetrieb Wetterau, der Kraftwagenbetriebsgesellschaft und der Stadt Florstadt keine Forderungen.
 - e) Die Stadt Florstadt übernimmt im Gegenzug jegliches Risiko und jegliche Verpflichtungen gegenüber dem Zweckverband Kraftwagenbetrieb Wetterau und der Kraftwagenbetriebsgesellschaft mbH gegenüber jedem Dritten der eine Forderung gegenüber dem Zweckverband Kraftwagenbetrieb Wetterau und der Kraftwagenbetriebsgesellschaft mbH geltend macht und stellt die Stadt Friedberg von jeglichen weiteren Forderungen und Verpflichtungen frei.
3. Die Vertreter der Stadt Friedberg in der Verbandsversammlung und der Gesellschafterversammlung werden bevollmächtigt, die entsprechenden Beschlüsse in diesem Sinne herbeizuführen.
4. Nach Vorlage aller notwendigen Beschlüsse ist gemäß § 21 KGG die aufsichtsbehördliche Genehmigung einzuholen, die Änderung der Verbandssatzung vorzunehmen und der Verkauf der Anteile der Stadt Friedberg an die Stadt Florstadt unter Berücksichtigung der Bedingungen Ziffer 2 c – e vertraglich zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 42 Nein 1 Enthaltung 0

10. 11-16/0244 Schaffung einer Stelle der Entgeltgruppe TVöD 8

Beschluss:

Schaffung einer Stelle der Entgeltgruppe TVöD 8 unter der Kostenstelle 3.031000 – Stadtkasse - im Vorgriff auf den Nachtrag zum Stellenplan 2012. Die Stelle der sich in Altersteilzeit befindlichen Mitarbeiterin der Stadtkasse (Kostenstelle 3.031000) in der Entgeltgruppe TVöD 8 wird mit einem Kw-Vermerk versehen. Die Einwilligung der Kommunalaufsicht ist eingeholt.

Die durch die Versetzung frei werdende Stelle im Bürgerbüro wird unverzüglich adäquat wieder besetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja 43 Nein 0 Enthaltung 0

11. Mündliche Anfragen

**11.1. Mündliche Anfragen;
Schwimmbad Ockstadt**

Bürgermeister Keller beantwortet die Anfrage des Stadtverordneten B. Messerschmidt betreffend das Schwimmbad Ockstadt.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender teilt mit, dass am Samstag, 18.02.2012, 14:00 Uhr die traditionelle „Rathauserstürmung“ stattfindet.

gez.: Hollender
(Vorsitzender)

gez.: Althenn
(Schriftführerin)